

Grüne Kreistagsfraktion
Marburg-Biedenkopf

Juli 2012



Foto: Andreas Schmidt

Uni-Klinikum mit unsicherer Zukunft

Privatisierung stellt sich als großer Fehler heraus

Große Verunsicherung bei Patienten und Beschäftigten und eine unklare Zukunft des Klinikums: Das sind die Folgen der Privatisierungspolitik der CDU-Landesregierung! Für die grüne Kreisfraktion sind damit viele Befürchtungen dieser Politik schon eingetreten. Mit der möglichen Übernahme der Rhön Anteile durch den privaten Klinikkonzern Fresenius sind weitere neue Unsicherheiten zu erwarten.

Kritische Situation

„Das ist eine sehr kritische Situation, da wir in der Region großes Interesse an einer guten Patientenversorgung und einem Erhalt der universitären medizinischen Lehre und Forschung haben müssen“, so Sandra Laaz. Die Grünen haben daher darauf hingewirkt, dass der Kreistag sich einhellig positioniert.

Im Beschluss des Kreistages wird unter anderem die angekündigte Stellenstreichung kritisiert,



Ein Plakat des Aktionsbündnisses „Gemeinsam für unser Klinikum“. ©www.goldfisch-art.de

da dies nicht nur einen Verlust von Arbeitsplätzen in der Region, sondern auch zu einer Einschränkung des medizinischen Angebotes als auch der Qualität der stationären Versorgung führen kann. Das Klinikum brauche nicht weniger, sondern mehr Personal, vor allem in der Pflege und im ärztlichen Bereich. Daher dürfe auch kein weiterer stillschweigender Personalabbau erfolgen, sondern Stellen, deren Verträge auslaufen, müssen neu oder

weiter besetzt werden. Es müsse geprüft werden, ob und wie eine personelle Mindestausstattung an den Kliniken gesetzlich vorgesehen werden kann, um eine sichere Versorgung der Patienten zu gewährleisten.

Zudem fordert der Kreistag, dass, wenn die Rhön-Kliniken AG (und das schließt potentielle Nachfolger ein) an einem nennenswerten Personalabbau festhält, alle Möglichkeiten einer Sicherung von Forschung, Lehre, Beschäftigung und Patientenversorgung unvoreingenommen geprüft werden. „Diese Formulierung schließt die Möglichkeit des Rückkaufs durch das Land ausdrücklich ein“, betont Sandra Laaz.

Krisenhafte Entwicklung

Die Privatisierung hat nach Ansicht des Kreistages offenbar zu einer krisenhaften Entwicklung des UKGM geführt und ist insbesondere im Hinblick auf ein ausgewogenes Nebeneinander von Krankenversorgung sowie Forschung und Lehre gescheitert.

Die Übernahme durch Fresenius lässt die Betroffenen noch stärker im Unklaren über ihre Zukunft als bisher. Der Kreistag erwartet,

dass das Land alle sich aus den vertraglichen Regelungen ergebenden Optionen einschließlich der „Change-of-control-Klausel“ ergebnisoffen prüft. Wir fordern, dass alle Verhandlungen transparent und öffentlich sind. Dies ist nicht nur mit Hinblick auf die Sorgen und Ängste der Mitarbeiter nötig. Auch die Bevölkerung hat ein großes Interesse an einer guten Krankenversorgung in der Region und sollte nicht weiter verunsichert werden.

Aus diesem Grunde begrüßt und unterstützt der Kreistag auch private Initiativen wie das Aktionsbündnis „Gemeinsam für unser Klinikum“. Diese hat bisher bereits mehr als 28000 Unterschriften gegen den Stellenabbau gesammelt.

Bei den Verhandlungen mit einem neuen Betreiber sollten neben der Patientenversorgung und der Absicherung der Beschäftigten vor allem auch die Forschung und Lehre besser abgesichert werden, eventuell auch mit vertraglich abgesicherten Strafen. Auch das „Partikeltherapiezentrum“ ist neu zu verhandeln.

Das Land wird daher aufgefordert, diesen Prozess mit allen gebotenen Mitteln zu befördern.